

DIE LINKE. *im Rat*

September 2005 **Nr. 1**

Zeitung der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal

Helios-Kliniken
S. 2

Rußfilter für WSW-
Fahrzeuge S. 3

Das Kurbad
erhalten! S. 3

Demokratie und
die WZ S. 4

Demokrat aus
Wuppertal S. 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS möchte Sie mit dieser Zeitung über ihre Tätigkeit im Stadtrat informieren.

Seit den Kommunalwahlen im Jahr 1999 sind wir im Stadtrat vertreten, seit 2004 in Fraktionsstärke.

Über unsere Arbeit im Rat, in den Ausschüssen usw. gelangt kaum etwas an die Öffentlichkeit; nicht einmal bezahlte Anzeigen nimmt die einzige Wuppertaler Tageszeitung von uns an und missbraucht damit aus politischen Gründen („grundsätzlichen Gründen“, wie der Girardet-Verlag selbst sagt) ihre Monopolstellung (siehe S. 4 dieser Zeitung). Sie berichtet nicht über die tatsächlichen Geschehnisse im Rathaus und schon gar nicht über deren Hintergründe.

In einer Zeit, in der Bund und Land mittlerweile seit Jahrzehnten die Städte und Gemeinden regelrecht ausgeblutet haben, den Bürgern immer mehr zugemutet und immer nur gesagt wird, es sei für die notwendigen Aufgaben kein Geld da, muss man einerseits feststellen: Es ist in der Tat nicht viel Geld da, und zwar bei den Kommunen. Auf Schritt und Tritt, im wahrsten Sinne des Wortes, erfahren wir die Finanznot unserer Stadt. Wer mit dem Auto oder dem Bus fährt, bemerkt schnell die starke Beanspruchung der Wirbelsäule wegen der vielen Schlaglöcher; zu Fuß erfährt man, dass viele der öffentlichen Treppen, für die Wuppertal aufgrund seiner Topographie einmal berühmt war, gesperrt

ist in unserem Land reichlich vorhanden. Es darf nicht sein, dass Schulen und Kindergärten, Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen werden müssen. Man denke nur an die An- und Verkäufe, welche die großen Firmen untereinander tätigen. Selbst ehemals staatliche Konzerne wie die Post und die Telekom, die auf der einen Seite Tarife erhöhen, auf der anderen Seite aber überraschenderweise Milliarden Euro flüssig machen können, um sich auf dem österreichischen oder US-Markt einzukaufen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein armes Land, und Wuppertal ist kein Notstandsgebiet. Es ist skandalös, dass die kommunalpolitischen Vorgaben so gesetzt werden, als wäre es so: Die Klassenräume in den Schulen müssen von den Eltern der Schüler renoviert werden, weil die Stadt kein Geld dafür hat, Bibliotheken und Museen haben lächerliche Anschaffungs- und Personaletats, das feste Ensemble des Sprechtheaters wird auf ein Minimum verkleinert und bei Bedarf durch Schauspielerschüler ergänzt. Man könnte die Liste beliebig fortsetzen.

Die Stadt Wuppertal passt sich seit Jahren dieser Finanznot an und ergibt sich in ihr Schicksal. Aufgabe einer Politik, die den Menschen dient, ist es, sich dafür einzusetzen, dass die Kommunen eine eigenständige wirtschaftliche Grundlage bekommen. Wir fordern eine Gemeindeinanzreform, die die Gewerbesteuer erweitert. Die neue Gemeindegewerbesteuer



Die Stadtverordneten E. von der Beeck, G.-P. Zielezinski und E. August

sind, weil sie aus Kostengründen nicht repariert werden können; so werden den Bürgern lästige und eigentlich unnötige Umwege abverlangt, für deren Vermeidung diese Treppen ja eigentlich einmal gebaut worden sind.

Dies ist ein Beleg dafür, dass Bundes- und Kommunalpolitik eng miteinander verzahnt sind. Geld

steuer soll mehr wirtschaftliche Tätigkeit erfassen.

Mit unserer Zeitung, die etwa viermal jährlich erscheinen soll, wollen wir Ihnen sagen, was wir tun.

Elisabeth August
Elke von der Beeck
Gerd-Peter Zielezinski

Umzug wegen Arbeitslosengeld II

Antrag der PDS Fraktion vom 14. Juni 2005:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Alle bisher ergangenen Kostensenkungsaufforderungen werden zurückgenommen.

2. Es werden keine weiteren Kostensenkungsaufforderungen versendet, solange keine einheitliche Richtlinie für den Umgang der Verwaltung mit den Kosten der Unterkunft (KdU) erarbeitet ist.

3. Umgehend wird eine sozial ausgewogene KdU-Richtlinie durch die zuständigen Stellen unter Beteiligung der Sozialverbände, der Wuppertaler Mietervereine, der politischen Gremien, des ARGE-Beirates, des Arbeitslosenhilfvereins und des Erwerbslosen- und Sozialhilfvereins Tacheles erarbeitet.

Begründung:

In Wuppertal erhalten z. Zt. etwa 40.500 Menschen das Arbeitslosengeld II. Gegenüber der früheren Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem BSHG sind das 17.000 Menschen bzw. 9.000

Bedarfsgemeinschaften mehr. Nach einer vorsichtigen Schätzung kann erwartet werden, dass die gemäß § 22 SGB II zu erbringenden Leistungen für Unterkunft und Heizung bei gut 3.000 Bedarfsgemeinschaften als nicht angemessene - also zu hohe - Aufwendungen seitens der ARGE erachtet werden. Die Folge werden ungefähr 3.000 so genannte Kostensenkungsaufforderungen - Aufforderungen zum Wohnungswechsel - an Betroffene in Wuppertal sein.

Bei der hohen Zahl der Fälle und angesichts der einschneidenden Bedeutung solcher Aufforderungen sind verbindliche und berechenbare Richtlinien notwendig, an denen sich die Betroffenen orientieren können. Bislang gibt es solche offensichtlich nicht. Anders ist es nicht zu erklären, dass Aufforderungen zum Wohnungswechsel auch bei nur geringfügigem Überschreiten der Miethöhe ausgesprochen werden, mithin höhere Umzugskosten entstehen, als durch Einsparungen überhaupt wieder gewonnen werden können. Auch wird häufig nicht berücksichtigt, dass es

gesetzliche und vertragliche Kündigungsfristen gibt, die zu beachten sind. Würden die Betroffenen der Aufforderung zum Wohnungswechsel in der gewünschten Zeit nachkommen, hätten sie oft mehrere Monatsmieten für die aufgegebene Wohnung zu zahlen, die ihnen keine Behörde erstattet.

Da § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II nur von Angemessenheit der Unterkunfts-kosten spricht, dieser unbestimmte Rechtsbegriff aber von den Kommunen ausgefüllt werden muss, ebenso wie "Besonderheiten des Einzelfalles angemessen zu berücksichtigen" sind, ist es erforderlich, zur Vermeidung von Ungleichbehandlung konkrete Richtlinien zur Anwendung dieser Vorschriften zur Verfügung zu stellen. An der Erarbeitung solcher Richtlinien müssen Menschen beteiligt sein, die einen Überblick über das Geschehen auf dem Wohnungsmarkt haben, damit Richtlinien nicht an der Realität vorbei erarbeitet werden.

DIE LINKE. PDS Fraktion der offenen Liste
der Linkspartei Wuppertal

5. Kommunalpolitisches Plenum
der Stadtverordneten, Ausschußmitglieder und
Bezirksvertreter

Berichte und anschließende Beratung

22. September, 18 Uhr

im Ratscasino, Rathaus

Gäste sind herzlich willkommen.

Streit um die Personalpolitik der Helios Kliniken GmbH

Ende des Jahres 2002 beschloss der Rat der Stadt mehrheitlich – gegen die Stimmen der Ratsgruppe der PDS – , 94,9 % der Gesellschafteranteile der Stadt Wuppertal an der Klinikum GmbH an Helios zu übertragen. Noch im Jahr 2002 hatte unter anderem die Gewerkschaft ver.di auch gegen den damals schon geplanten Verkauf der Kliniken Barmen und Elberfeld Unterschriften gesammelt. Letztlich war aber auch der Betriebsrat mit der Abgabe der Gesellschafteranteile einverstanden – wie immer, um „Schlimmeres zu verhüten“.

Gelobt wurde die vereinbarte Arbeitsplatzgarantie. Tatsächlich war hierzu folgendes vereinbart worden:

§ 1 Absatz 1 Ziffer 3 des Konsortialvertrages besagt: [...] Die bestehenden Rechte der Arbeitnehmer der Klinikum Wuppertal GmbH werden durch die Übernahme von Anteilen an der Gesellschaft durch die HELIOS GmbH nicht berührt. [...]

In § 3 Absatz 1 des Vertrages wird weiter ausgeführt: „Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen bei besonders schutzwürdigen Arbeitnehmern (Sonderkündigungsschutz und vergleichbar schutzbedürftigen Arbeitnehmern). Im übrigen kommen betriebsbedingte Kündigungen nur als „letztes Mittel“ nach Ausnutzung der natürlichen Fluktuation und der Möglichkeit zum Abschluss einvernehmlicher Aufhebungsverträge in Betracht“.

Im Klartext: Bestehende Arbeitsverhältnisse gehen ohnehin – wie andere Verbindlichkeiten auch – von Gesetzes wegen auf die neue (Mit-)Gesellschafterin über! Eine besondere Vereinbarung zugun-

sten von Arbeitnehmer/innen enthält dieser Passus also nicht.

Betriebsbedingte Kündigungen sind schon nach dem – noch – geltenden Kündigungsschutzgesetz unzulässig, solange es andere Möglichkeiten des Arbeitsplatzes gibt.

Festgehalten wird: Zuvor sind die „natürliche Fluktuation“ und der Abschluss von „Aufhebungsverträgen“ auszunutzen. Auch hier sind keine besonderen Schutzvorkehrungen erkennbar: Jeder Betrieb (selbst General Motors) sieht zunächst zu, beim Arbeitsplatz-Abbau auszunutzen, dass immer wieder Arbeitnehmer/innen in Ruhestand gehen oder aus persönlichen Gründen kündigen.

Aufhebungsverträge abzuschließen, bevor gekündigt wird, ist ebenfalls gang und gäbe, schon um Prozess-Risiken aus dem Wege zu gehen. Übersetzt gesagt bedeutet dieser Passus also: zunächst friedlichen Abgang aus den Arbeitsverhältnissen auszunutzen, gegebenenfalls Mitarbeiter/innen zum Abgang drängen (z.B. vorzeitiger Ruhestand oder aber eben durch Aufhebungsverträge rauskaufen). Auch insoweit ist keine besondere Schutzmaßnahme für die Beschäftigten erkennbar.

Dass betriebsbedingte Kündigungen nur letztes Mittel sein dürfen – z.B. zuvor auch zu prüfen ist, ob jemand betriebsintern um-gesetzt werden kann –, schreibt schon das Kündigungsschutzgesetz vor. Auch insoweit gibt § 3 des Konsortialvertrages nur die geltende arbeitsrechtliche Situation wieder, begründet aber keiner-



Die Idylle täuscht: Blick auf das Klinikum Barmen

lei besonderen Schutz für bestehende Arbeitsverhältnisse!

Wenn jetzt die SPD herumrennt und sich betroffen zeigt, bleibt nur die Schlussfolgerung: Entweder der Vertrag wurde damals nicht gelesen oder nicht verstanden, oder: die SPD spielt Theater. (Letzteres unterstellen wir mal als wahrscheinlich!) Schon kurz nach der Übernahme der Mehrheit der Gesellschafterteile verkündete Helios, den Verpflegungsbereich ausgliedern zu wollen, den betrieblichen Küchenbereich zu schließen. Diese Maßnahme wurde lange Zeit nicht umgesetzt, weil offensichtlich die Umsetzung dieser Pläne auf Schwierigkeiten

traf. Jetzt allerdings müssen sich die Fraktionen im Rat, die seinerzeit den Absprachen zugestimmt haben, vorhalten lassen, dass es eben keinerlei Arbeitsplatzschutz gab, der über die gesetzlichen Mindestvorschriften hinausgegangen wäre.

Realistisch gesehen bleibt den Vertreter/innen der Stadt im Aufsichtsrat der GmbH nur übrig, bei jeder einzelnen Kündigung, bei jedem einzelnen Aufhebungsvertrag akribisch zu prüfen, ob unabweisliche betriebliche Belange zugrunde liegen. Festzustellen bleibt leider, dass die Bedenken der damaligen Ratsgruppe der PDS eben nicht unbegründet waren, dass durch

die fast vollständige Übertragung der Kliniken GmbH an HELIOS Arbeitsplätze gefährdet, wahrscheinlich sogar vernichtet werden. Unsere Forderung bleibt natürlich: keine betriebsbedingten Kündigungen, keine Aufhebungsverträge aus betrieblichen Gründen und kein Zwang zum vorzeitigen Ruhestand. Eine Verschlechterung der Versorgung von Patienten und Patientinnen ist ebensowenig vertretbar wie die bewusst eingeleitete Vergrößerung der Zahl von Arbeitslosen in dieser Region! Auf jeden Fall werden wir fordern, dass jede einzelne arbeitsrechtliche Maßnahme dem Rat der Stadt zur Überprüfung vorgelegt wird.

Das Schulesen für Bedürftige muss kostenlos bleiben!

In der Sitzung vom 28. Februar 2005 stellte die Fraktion den folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Allen Kindern von Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen und BezieherInnen von Leistungen aus SGB XII wird an allen Ganztagschulen ein kostenloses Mittagessen ermöglicht und kostenlose Betreuung an den OGGs gewährt.

Begründung:

Die von der Verwaltung beabsichtigte Kürzung des bisher voll übernommenen Betrages für ein Mittagessen in Ganztagschulen auf 1 Euro pro Kind und Tag würde bedeuten, dass Kinder aus besonders einkommensschwachen Familien von der Verpflegung ausgeschlossen wären.

Ca. 40 Euro monatlich sind für manche ALG-II-BezieherInnen eine Summe, die sie mit ihren

geringen finanziellen Möglichkeiten nicht aufbringen können. Hinzu käme bei Wahrnehmung des Angebots der Offenen Ganztagsgrundschule ein Elternbeitrag von 15 Euro pro Monat.

Hat die Einführung des ALG II schon zu einem Verlust von 5-10% gegenüber der Sozialhilfe für Familien mit Kindern geführt, sind sie durch den Wegfall der vorher möglichen einmaligen Leistungen noch einmal besonders betroffen.

Sonderleistungen wie z.B. für Kleidung oder den Schulturnier können nicht mehr beantragt werden. Zukünftig bekommen Kinder noch nicht einmal mehr den Zuschuss für die Schulbücher und die Monatsfahrkarte, wenn ihre Eltern Arbeitslosengeld II beziehen.

Zahlreiche Kinder aus armen Verhältnissen müssten auf die warme Mahlzeit verzichten und wären damit zusätzlich ein

Stück aus der Gemeinschaft der Schülerinnen und Schüler ausgegrenzt.

Oder aber Ganztagschulen werden nur noch von Kindern besucht, deren Eltern die Kosten für das Mittagessen und den Elternbeitrag tragen können.

Vom besten Schulangebot hat kein Kind etwas, wenn dieses aus Geldmangel nicht wahrgenommen werden kann.

121 000 Euro, die dadurch eingespart werden sollen, werden den Haushalt nicht sanieren.

Es muss ein Tabu sein, an der Verpflegung der Kinder der ärmsten MitbürgerInnen sparen zu wollen.

Mit diesem Antrag unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Haus der Jugend in Barmen

Fliegt die Jugend raus?

Viele Wuppertaler kennen das Haus der Jugend in Barmen. Immer haben sich hier Jugendliche treffen können, auch Räume mieten, um dort Veranstaltungen organisieren zu können. Auch wesentliche Teile der offenen Jugendarbeit finden dort statt. Nun gibt es Umbaupläne seitens der Verwaltung und damit auch neue Nutzungsvorstellungen: Die offene Jugendarbeit wird dort ihren Platz verlieren. Denn für Jugendarbeit gibt es kein Geld vom Land. Vom Land gibt es nur Geld für Kul-

tur, die natürlich auch wichtig ist, aber nicht nur.

So soll denn das Haus der Jugend dem Kunst- und Kulturnachwuchs gute Gelegenheiten bieten, sich auszuprobieren und darzustellen. Die ändern müssen dann beispielsweise ausweichen in die Teestube des CVJM an der Adlerbrücke.

Die Fraktion der offenen Liste der Linkspartei.PDS fordert die Fortführung der offenen Jugendarbeit im Haus der Jugend, schon, damit es nicht nur so heißt.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle der Fraktion im Rathaus Barmen, Wegnerstr., Zi. 242

**Montag - Donnerstag 10-17 Uhr
Freitag 10-14 Uhr**

Gegen die Feinstaubbelastung

Rußfilter für WSW-Fahrzeuge

Bereits im April 2005 wurde in Wuppertal die nach EU-Richtlinien zulässige Höchstmenge an Feinstaub gemessen. Schon in der Ratssitzung am 28. Februar stellte die Ratsfraktion der offenen Liste der PDS folgenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Alle in Betrieb befindlichen Linienbusse werden nach der seit Beginn dieses Jahres geltenden EU-Rahmenrichtlinie zur Luftqualität (99/03/EG) mit Rußpartikelfiltern ausgerüstet.

Die ergänzende Finanzierung ist gegebenenfalls über das Bundesverkehrsministerium einzufordern.

Es sollte ein Konzept für den Ausbau des Streckennetzes im öffentlichen Personennahverkehr entwickelt werden.

Begründung:

Die Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr nimmt in allen Städten zu. Auch wenn die Luftqualität in Wuppertal nicht so schlecht ist, dass die Bezirksregierung einen Luftreinhalteplan hätte erstellen müssen, so sollte

alles unternommen werden, um den Anteil von gesundheitsschädlichen PM₁₀ (Feinstaub) in der Luft zu verringern. Dieselruß – ein Bestandteil des Feinstaubs – ist krebserzeugend, führt zu Entzündungen der Atemwege, Verschlimmerung von Asthma, Husten und zur Abnahme der Lungenfunktion und vorzeitigem Sterben. Besonders Kinder sind den Dieselpartikeln schutzlos ausgeliefert, da die Schadstoffe in Kopfhöhe ausgestoßen werden.

Pendler, die auch öffentliche Verkehrsmittel benutzen könnten, machen einen erheblichen Teil des Individualverkehrs in der Stadt aus. Daher ist es zu dessen Eindämmung notwendig, den Ausbau des ÖPNV-Netzes zu forcieren und die eingesetzten Fahrzeuge entsprechend der EU-Luftqualitätsrichtlinie (99/30/EG) mit Dieseldieselrußfiltern sukzessive auszurüsten.

Außerdem muss nach den EU-Vorschriften die Stadt mittels

geeigneter Maßnahmen für die Einhaltung dieser Grenzwerte Sorge tragen. Hierzu gehört unter anderem die Sperrung von belasteten Bereichen für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter (Fahrverbote). Im schlimmsten Falle müssen bei Überschreitung der Grenzwerte die Busse aus der Innenstadt ausgeschlossen werden. Dann würde zeitweise das gesamte Bussystem zusammenbrechen. Dies wäre nicht der Fall, wenn die Busse mit Rußpartikelfiltern ausgestattet sind.



Der Busbahnhof am Hauptbahnhof / Döppersberg

Mit freundlichem Gruß
PDS-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Folgen

Die Verwaltung beantragte am 2. Mai, den Antrag der PDS zur Kenntnis zu nehmen. Der Rat solle beschließen, die Verwaltung zu beauftragen „die WSW zu bitten, über die Ergebnisse der momentan laufenden Prüfung - hinsichtlich Aufwand und Finanzierungsmöglichkeiten für eine zumindest teilweise Umrüstung der vorhandenen Busflotte - zu berichten“.

Ferner solle die Verwaltung beauftragt werden, „über die Ergebnisse der zur Zeit laufenden Feinstaubmessungen im ersten Quartal 2006 zu berichten“.

Das Kurbad muss für Barmen erhalten bleiben!

Antrag und Rede der PDS-Fraktion vom 28.2.2005

Der Antrag:

Der Rat möge beschließen:

Das Kurbad in Barmen wird nicht geschlossen, bis es einen vergleichbaren Ersatz im Stadtteil Barmen gibt.

Das Kurbad muss im Interesse der Bestandswahrung des Sportstättenangebotes für den Freizeitsport, den Schulsport, den Behindertensport und für medizinische Anwendungen geöffnet bleiben.

Begründung:

Alle bis jetzt zu diesem Thema gestellten Anträge sind nicht entschieden worden (VO/2556/04 und VO/3713/04).

In der BV Barmen gab es eine einstimmig beschlossene Resolution zum Erhalt des Kurbades, bis die Schwimmoper wiedereröffnet worden ist. (VO/2513/04) Im vorigen Jahr hat eine Initiative Unterschriften von mehr als 4000 BürgerInnen für den Erhalt des Kurbades gesammelt. Nach Schließung würde den ca. 100.000 in Barmen lebenden BürgerInnen kein Bad mehr ortsnah zur Verfügung stehen.

Bisher war es nicht gelungen, Grundstück und Gebäude des Kurbades zu verkaufen.

Da auch ein Gebäude, das geschlossen, aber nicht verkauft ist, Unterhaltungskosten verursacht

(Beheizung zur Abwehr von Frostschäden, Wartung von wasserführenden Anlagen u. a.) bleibt die wirtschaftliche Belastung für dieses Bad ohnehin erhalten.

Das im Grundsatzbeschluss DS 5841/01 genannte Vorhaben, ein neues Bad zu errichten, ist nicht verwirklicht worden.

Die Schwimmoper ist kein vergleichbarer Ersatz für Menschen mit Behinderungen in Barmen und für den Schwimmunterricht der Barmer Grundschulen.

Die Rede:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, es ist unverständlich, dass der Rat der Stadt sich nicht mit dem Antrag befassen will, das Kurbad so lange zu erhalten, bis es einen gleichwertigen Ersatz in Barmen gibt.

Es kann einfach nicht sein, dass entsprechend der beschlossenen Bäderzielplanung und der gescheiterten Umwidmung der Schwimmoper 120.000 BürgerInnen in ihrem Stadtteil keine Schwimmmöglichkeit mehr haben und dass der Rat der Stadt sich **nicht** mit dieser Verschlechterung der Lebensqualität der BarmerInnen beschäftigen will.

Mit der Nichtbefassung will man sich nur um eine klare Stellungnahme drücken.



Das Kurbad an der Friedrich-Engels-Allee in Barmen

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, befassen Sie sich mit dem Antrag. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, dass offensichtlich eine sehr große Mehrheit im Rat der Auffassung ist, gegebenenfalls das Kurbad ersatzlos zu schließen und dass Schulen, Vereinen, Kindern und älteren

Mitbürgern weite Wege zu einem Bad zugemutet werden können.

Der Rat der Stadt muss sich mit dem PDS- Antrag befassen, weil ein im Februar 2004 beschlossener Prüfantrag in Barmen über privates Investment einen Schwimmbad-Neubau in privater Trägerschaft zu ver-

auch nicht zu rechnen ist.

Der Rat der Stadt muss sich mit dem PDS- Antrag befassen, um den BarmerInnen endlich reinen Wein einzuschenkenen.

wirklichen, nicht zu einem positiven Ergebnis gelangt ist und mit einem positiven Ausgang Für die PDS allerdings gehört der Erhalt eines Mindestbestandes kommunaler Bäder zum unverzichtbaren Bestand der Daseinsvorsorge der Stadt.

Gegen die atomare Bedrohung!

Antrag der Fraktion vom 28. Februar 2005

Mit dem nachstehenden Antrag der Fraktion der offenen Liste der PDS wollte sich die Ratsmehrheit nicht befassen. Um die Öffentlichkeit zu erreichen, sollte ein Inserat (siehe rechts) in der „Westdeutschen Zeitung“ und der „Wuppertaler Rundschau“ geschaltet werden. Der Girardet-Verlag lehnte die Veröffentlichung ab.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert den Oberbürgermeister auf, sich der „Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen“ anzuschließen. Der Oberbürgermeister wirbt bei seinen AmtskollegInnen in den Wuppertaler Partnerstädten für deren Unterstützung der Erklärung.

Begründung:

In der Ratssitzung vom 31. März 2003 hat sich der Rat der Stadt Wuppertal einstimmig dafür ausgesprochen, der weltweiten Kampagne „Cities for Peace“ beizutreten. Ziel der Kampagne war und ist es, sich gegen den Irakkrieg und für den Frieden in der Welt einzusetzen.

Dieses Engagement für ein friedliches Zusammenleben der Menschheit gilt es fortzusetzen.

Im August jährt sich der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 60. Mal. EinwohnerInnen der Städte Hiroshima und Nagasaki haben die verheerende Wirkung der Atombombe am eigenen Leibe erfahren müssen. Wie andere Massenvernichtungswaffen müssen daher auch Kernwaffen international geächtet werden.

Atombomben in Deutschland

Der Schutz der Bevölkerung kann letztlich nur durch eine Abschaffung aller Atomwaffen erreicht werden, auch der noch knapp 150 in Deutschland gelagerten amerikanischen Atombomben.

Für dieses Ziel - Abschaffung aller Atomwaffen - organisieren die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki seit August 2003 inter-nationale Unterstützung.

Welt ohne Atomwaffen

Diese sollte auf der UN-Konferenz im Mai d. J. zu einem verbindlichen Zeitplan führen, gemäß dem die Abschaffung der Atomwaffen nach Verabschiedung einer entsprechenden Konvention in 2010 beginnen soll. Zugleich machen sie darauf aufmerksam, dass diesem Ziel weiterer internationaler Nachdruck verliehen werden muss. Eine friedliche und damit auch von Atomwaffen freie Welt ist Grundvoraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung eines jeden Menschen.

130 Bürgermeister

In Übereinstimmung mit der Entschließung der US-Konferenz der Bürgermeister vom 28. Juni 2004 haben bereits 130 deutsche BürgermeisterInnen die Erklärung unterschrieben.

Daher fordert der Rat die Unterschrift seines Oberbürgermeisters unter die Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen als grundlegendes friedenspolitisches Zeichen.

[Zwischenüberschriften nachträglich eingefügt]

Rückblick Prof. Dr. Wolfgang Abendroth (1906-1985)

Am 15. September diesen Jahres jährt sich zum zwanzigsten Mal der Todestag des Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth, der am 2. Mai 1906 als Sohn eines Lehrerehepaars in der damals noch selbständigen Stadt Elberfeld geboren wurde.

Wolfgang Abendroth kam früh in Kontakt zur Arbeiterbewegung und war schon seit 1920 aktiv in kommunistischen Organisationen tätig, hatte

DIE LINKE. PDS Fraktion der offenen Liste der Linkspartei Wuppertal

60 Jahre Bedrohung sind genug!

Mehr als 90.000 Menschen mussten sterben, weil am 6. August 1945 die erste Atombombe in der Geschichte der Menschheit in Hiroshima gezündet wurde.

Auf dem amerikanischen Militärflugplatz Ramstein befindet sich noch heute das größte Atomwaffenlager der US-Streitkräfte in Europa. Diese und alle anderen Atomwaffen müssen abgeschafft und vernichtet werden!

Die Fraktion der offenen Liste der Linkspartei hat in einem Antrag den Oberbürgermeister Herrn Peter Jung aufgefordert, sich der

„Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen“

anzuschließen. In der Erklärung verpflichten sich über 130 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, das Anliegen so lange zu verfolgen, bis die Atomwaffengefahr von ihren Bürgerinnen und Bürgern genommen wird.

Der Rat der Stadt Wuppertal weigerte sich mehrheitlich, sich mit dieser Erklärung zu befassen. Ist die Mehrheit des Rates der Stadt nicht der Meinung des Bürgermeisters von Hiroshima, Tadotshi Akiba, dass es „vornehmste Aufgabe eines Bürgermeisters sei, das Leben und Eigentum der Bürger zu schützen“?

Was hindert den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, der Erklärung beizutreten?

Monopolpresse in Wuppertal

Erklärung der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS (9.8.2005) zur Ablehnung ihrer Anzeige

Am Samstag, dem 6. August 2005 jährt sich zum 60. Mal der Atombombenabwurf auf Hiroshima durch die USA. Aus diesem Anlass wollte die Fraktion eine viertelseitige Anzeige in der „Wuppertaler Rundschau“ oder in der „Westdeutschen Zeitung“ schalten. Beide Zeitungen (Verlagshaus W. Girardet) haben ohne Angabe von Gründen die Veröffentlichung abgelehnt. Wir sind empört darüber, dass eine Anzeige mit friedens-

politischem Inhalt nicht gedruckt wird.

Anzeigen, auch mehrseitige, anderer im Rat vertretenen Fraktionen wurden in der Vergangenheit gedruckt.

Im Januar dieses Jahres sind wir aktiv beworben worden, eine Anzeige in einer Beilage der Rundschau zu schalten, was auch geschehen ist. Auf der Titelseite der Ausgabe vom 27. Juli erschien ein redaktioneller

Beitrag über die Arbeit der Linkspartei.PDS in Wuppertal mit Foto eines Sprechers.

Wie unabhängig und überparteilich ist die Presse Wuppertals, dass sie Anzeigen einer demokratisch gewählten Fraktion „grundsätzlich“ ablehnt, wie es in einer Mitteilung des Verlages heißt?

9. August 2005

aber einen eigenen Kopf und wurde 1929 aus der KPD ausgeschlossen. Das hinderte ihn aber nicht – eigene Köpfe können durchaus so sein –, es besser zu wissen als die Partei und für seine sozialistischen Ziele weiter zu arbeiten.

Er studierte Rechtswissenschaften und mußte nach seinem Examen 1933 emigrieren. In der Schweiz konnte er zum Dr. jur. promovieren, ging dann aber zurück nach Deutschland. Seine Tätigkeit im Widerstand brachte ihm zuerst eine Zuchthausstrafe wegen Hochverrats ein und dann den Kriegseinsatz im berüchtigten Strafbataillon 999.

Als Kriegsgefangener in England trat Abendroth der SPD bei, habilitierte sich 1947 in Halle, wurde Grün-

dingsrektor der Hochschule in Wilhelmshaven und lehrte seit 1952 Politikwissenschaften in Marburg an der Lahn. Durch seinen engen Kontakt zu den Gewerkschaften und sein Festhalten an sozialistischen Ideen blieb Abendroth seit Beginn des Kalten Krieges ein akademischer Außenseiter, hatte aber durchaus großen Einfluß auf die außeruniversitäre und außerparlamentarische Politik.

Er engagierte sich gegen die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik und wurde dafür und wegen Förderung des SDS (der damaligen Studentenorganisation der SPD, die gleich mit ausgeschlossen wurde) 1961 durch den Ausschluß aus der SPD geehrt.

Während der Studentenbewegung Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wurde sein Rat oft gebraucht. Abendroths zahlreiche Publikationen, vor allem zum Verfassungsrecht, aber auch zur Geschichte der Arbeiterbewegung, belegen seine Bedeutung.

Zu Abendroths Schülern gehören viele Politik- und Sozialwissenschaftler, die gewerkschaftsnahe Positionen vertreten. Im Jahre 2003 beschloss der Marburger Stadtrat mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS, eine Brücke nach Abendroth zu benennen. Bei der Umbenennungsfeier war auch Wolfgang Abendroths Witwe Lisa anwesend.

Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Wegnerstr. 7,
42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 5636677
E-mail: ratsfraktion@pds-wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Gerd-Peter Zielezinski
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 15000
Die Abgabe erfolgt kostenlos.